

Herrn Bundeskanzler
Olaf Scholz
Willy-Brandt-Str. 1
10557 Berlin

Oberbürgermeister, Rat
und Bezirke

Fr.-Ebert-Platz 1

88 00
88 02

OB-ri/do
06.11.2023

Sicherung des Industriestandortes und von Arbeitsplätzen in der Rheinschiene (Chemparks)

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

in den letzten Wochen und Monaten habe ich viele Gespräche mit geschäftsführenden Vertretern bedeutsamer Industrieunternehmen in der Rheinschiene (Chemparks), insbesondere in Leverkusen, sowie meinen Amtskollegen an den Chempark Standorten Krefeld und Dormagen geführt. Diesen Gesprächen war eines gemeinsam: Die Sorgen um den für Deutschland so wichtigen Industriestandort Nordrhein-Westfalen mehren sich und es bestehen große Unsicherheiten darüber, ob und wie der Fortbestand vor Ort gesichert und gestaltet werden kann. Diese Unsicherheiten haben schon jetzt zur Folge, dass an den Standorten hier vor Ort oftmals keine Investitionen mehr getätigt werden. Nicht zuletzt die aktuellen Entwicklungen beim Spezialchemiekonzern LANXESS verdeutlichen, dass es kurz vor zwölf ist. Auch die Mitarbeitenden sind besorgt um den Standort und ihre Beschäftigung. Gestern haben sich erstmals unternehmensübergreifend Tausende dem Aufruf der IG-BCE zu einer gemeinsamen Kundgebung im Chempark Leverkusen angeschlossen.

Insbesondere Industrieunternehmen aus energieintensiven Branchen haben mit den herausfordernden wirtschaftlichen Entwicklungen zu kämpfen. Die gestiegenen Gas- und Strompreise und die bestehenden Unsicherheiten bei der Energieversorgung, auch vor dem Hintergrund der notwendigen Energiewende angesichts eines sich verschärfenden Klimawandels, stellen diese Industrieunternehmen vor ungeahnte Herausforderungen. Erschwerend kommt hinzu, dass ab 2024 Netzentgelte erhöht werden und im Haushaltsentwurf des Bundes für 2024 überraschenderweise kein Spitzenausgleich der Energie- und Stromsteuer mehr vorgesehen ist. Letzteres wird eine deutlich höhere Stromsteuerlast zur Folge haben.

Der Umstand, dass sich Chemie im Ausland wesentlich günstiger produzieren lässt stellt für Deutschland eine enorme Wettbewerbsverzerrung im Vergleich zu anderen Ländern dar.

Insgesamt ist aufgrund der sinkenden, internationalen Wettbewerbsfähigkeit ein zunehmender Abwanderungsdruck absehbar und zum Teil schon spürbar. Langwierige Genehmigungsverfahren, unsichere Lieferketten, steigende regulatorische Anforderungen, Bürokratisierung und der Fachkräftemangel – um nur einige Aspekte zu nennen – sind Belastungs- und Kostentreiber für unsere Unternehmen. Sie verlieren ihre Zuversicht und die konkrete Gefahr einer schleichenden Deindustrialisierung in der Region wächst.

Unsere Industrieunternehmen sichern Wertschöpfungsketten sowie eine Vielzahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in der Region und sind damit ein wesentlicher Garant für Wachstum und Prosperität. Sollte eine Transformation und die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit nicht gelingen, drohen massive Arbeitsplatzverluste, Wachstums- und Kaufkraftverluste und damit einhergehend der Verlust des gesellschaftlichen Wohlstands. Zudem würden massive Arbeitsplatzverluste im Tarifbereich Chemische Industrie mit vergleichsweise hohe Lohnsummen zwingend auch den Druck auf das Sozialsystem erhöhen. Der Erhalt dieser Arbeitsplätze ist daher auch für den gesellschaftlichen Zusammenhalt maßgeblich.

Vor diesem Hintergrund ist es von größter Bedeutung, mit gemeinsamen Kraftanstrengungen für unseren Industriestandort einzutreten und die vielfältigen Herausforderungen gemeinsam anzugehen – für die gemeinsame Gestaltung attraktiver Investitionsbedingungen und eines zukunftsfähigen Wirtschaftsstandortes im Rheinland. Nur im Schulterschluss zwischen Industrie und Politik wird die Chemieregion Rheinland überleben. Dafür mache ich mich als Oberbürgermeister stark und werde alles in meiner Macht stehende tun, um die Unternehmen vor Ort zu unterstützen. Wir haben hier eine Generationenverantwortung.

Mit der Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes habe ich meinen Anteil zum Konjunkturpaket erfolgreich auf den Weg gebracht. Ein Konjunkturpaket nicht etwa um eine Steueroase zu schaffen, sondern um den Standort zu schützen. Denn Steuern sollten dort gezahlt werden, wo Gewinne tatsächlich anfallen. Nur so sind Investitionen in Bildungsstruktur, Wohnen und eine nachhaltige Kommune für uns als Kommune überhaupt noch stemmbar.

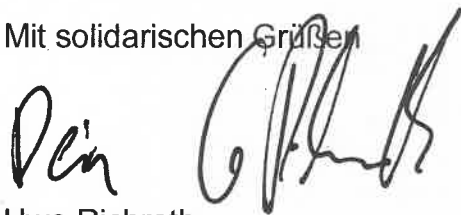
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die chemische Industrie in den nordrhein-westfälischen Chemparks ist einzigartig in Europa und unerlässlich für das Gelingen der Transformation der Wirtschaftsnation Deutschland vor dem Hintergrund der Folgen des Klimawandels. Verlieren wir diesen Standortvorteil, diese Exzellenz, betreffen die Folgen nicht nur Leverkusen und die Region. Das Innovationsland Deutschland verliert unwiederbringlich wichtiges Know-how und zukunftsfähige Techniken.

Wir blicken auf weit über 100 Jahre Industriegeschichte zurück. Die Industrie war immer transformationsfähig, doch jetzt ist sie in ihrer Existenz gefährdet. Es sind andere Rahmenbedingungen erforderlich, damit diese Unternehmen weitere Investitionen in Transformation in Richtung Klimaneutralität vornehmen können.

Der temporär begrenzte Brückenstrompreis ist nun der wichtige und erforderliche Schritt, damit Deutschland auch weiterhin in der ersten Liga für hochqualifizierte Technologie, Innovation, Forschung und Nachhaltigkeit mitspielt.

Abschließend appelliere ich eindringlich an Sie, nunmehr endlich dem so dringend notwendigen Brückenstrompreis zuzustimmen.

Mit solidarischen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Uwe Richrath', written in a cursive style.

Uwe Richrath